

Antworten der Kandidierenden für die Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg zu Fragen über Friedensbildung und Bundeswehr in Schulen

Wahlkreis 35 Mannheim Nord

Frage 1 In Baden-Württemberg wurde die Servicestelle Friedensbildung etabliert, die in den fünf Jahren des Bestehens zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt wurde. Ergänzend dazu ist die Verankerung der Querschnittsaufgabe Friedensbildung insbesondere im Bereich der Lehrer*innenausbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes mittels einer ordentlichen Professur für Friedensbildung bzw. Friedenspädagogik als erste ihrer Art in Deutschland anzustreben. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung in der nächsten Legislaturperiode deutlich ausgebaut werden?

Lennart Christ, CDU	Susanne Aschhoff, Grüne	Sven Metzmaier, Linke	Stefan Fulst-Blei, SPD	Julia Schilling, FDP
keine Antwort	Ich werde mich gerne dafür einsetzen, dass die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung ausgebaut werden. Die Friedensbildung ist mir ein besonderes Anliegen, denn ich engagiere mich seit meiner Jugend für Friedenspolitik und politisch besonders in Sachen Bildungspolitik. Wir hoffen, in der kommenden Legislaturperiode in der Regierung Partner zu finden, die diese Entscheidung mittragen.	Ja. DIE LINKE unterstützt Aktivitäten der Friedensbewegungen und möchte alle Maßnahmen, die in der Bevölkerung zu einer Haltung für Frieden und gegen Kriegseinsätze beitragen können, unterstützen. Daher muss auch die Servicestelle Friedensbildung, die eine besondere Institution für das Land Baden-Württemberg darstellt, gestärkt werden. Dazu zählt unserer Auffassung nach eine bessere und vor allem gesicherte Finanzierung durch Mittel aus dem Landeshaushalt, um die Servicestelle personell aufzustocken und ihr mehr Projekte zu ermöglichen. Auch muss eine bessere Werbung für die Servicestelle Friedensbildung erfolgen, um ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen.	Ja	Die FDP erkennt an, dass die Sicherung des Friedens und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auch durch die Bundeswehr als Parlamentsarmee gewährleistet wird. Die Prinzipien der Inneren Führung und ihr Leitbild der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform binden die Bundeswehr an die Werte des Grundgesetzes. Die Bundeswehr leistet einen entscheidenden Beitrag zu humanitären, friedenserhaltenden und stabilisierenden Einsätzen im Rahmen internationaler Bündnisverpflichtungen. Menschen, die diese hohen Risiken für das eigene Leben eingehen, verdienen unsere Anerkennung. Die Darstellung der Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Bündnisse trägt maßgeblich zur Reflexion der Rolle der Bundeswehr als einer demokratisch legitimierten Parlamentsarmee in der Bevölkerung bei. Dies ist ein wichtiger Beitrag, die feste Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft immer wieder zu erneuern und aufrechtzuerhalten. Für die kritische Auseinandersetzung mit sicherheits- und friedenspolitischen Fragen im Sinne des Beutelsbacher Konsenses im Schulunterricht sind Jugendoffiziere als Repräsentanten der Bundeswehr und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure ein wichtiger Teil der politischen Bildung.

Frage 2 Stimmen Sie mit uns überein, dass eine Professur auf den Weg gebracht werden soll, die die Weiterentwicklung und den Ausbau der Friedensbildung in Theorie und Praxis begleitet und

keine Antwort	<p>Mir ist nicht ganz klar, in welcher Fachrichtung die von Ihnen angedachte Professur verankert sein sollte? Es gibt ja bereits mehrere akademische Fachgebiete, die Konflikt- und Friedensforschung umfassen, wie z.B. Soziologie, Politologie, Jura usw.. Und es gibt auch einen Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung. Mit Blick auf die erste Frage vermute ich, Sie denken an den Bereich der Didaktik? Ob mit oder ohne eigene Professur: in Anbetracht zunehmender Konflikte auf dieser Welt, ist es die Friedensbildung unbedingt wert, weiterentwickelt und ausgebaut zu werden.</p>	<p>Ja. Ziel der LINKEN ist es, Fachkräfte für den zivilen Friedensdienst auszubilden, die Friedenserziehung an Schulen zu verstetigen und kritische Friedenswissenschaften und an Hochschulen auf- und auszubauen. Hierzu ist eine entsprechende Professur notwendig, um u .a. diese Maßnahmen umsetzen zu können.</p>	Keine Antwort	
---------------	--	--	---------------	--

Frage 3 Militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention und verträgt sich nicht mit Art. 12 der Landesverfassung. Der UN-Ausschuss fordert für die Rechte des Kindes von Deutschland ein Verbot jeder Art von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen (Januar 2014). Die Kinderkommission des Bundestages hat sich dieser Forderung angeschlossen. Werden Sie sich im Landtag für den Stopp jeglicher militärischer Werbung bei Minderjährigen unter 18 Jahren einsetzen?

keine Antwort	Ja.	<p>Ja. DIE LINKE spricht sich strikt gegen jegliche Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, bei Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen aus. Offizier*innen der Bundeswehr sind derzeit regelmäßig zu Gast bei den Berufsorientierungswochen an Schulen. Sie nutzen damit die Unbedarftheit und Unerfahrenheit vieler junger Menschen für ihre Rekrutierungspolitik aus. Wir fordern daher, dass in Baden-Württemberg die UN-Kinderrechtskonvention eingehalten wird, die eine Werbung von unter 18-Jährigen verbietet. Denn dadurch wären auch Werbestände der Bundeswehr an Schulen und Ausbildungsmessen ausgeschlossen, an denen Schüler*innen unter 18 Jahre ohne Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten teilnehmen.</p>	<p>Ja, die SPD setzt sich mit Blick auf die veränderte Situation dafür ein, dass Deutschland den Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes in Zukunft in vollem Umfang entspricht und generell von der Rekrutierung von unter 18-jährigen absieht, auch wenn diese freiwillig erfolgen sollte.</p>	
---------------	-----	---	--	--

Frage 4: Der Bundeswehr wird durch das Kultusministerium in einer Kooperationsvereinbarung vom 14. August 2014 ein bevorzugter Zugang zu Schulen, Lehreraus- und Lehrerfortbildung eingeräumt. Besonders problematisch ist es, dass die Jugendoffiziere „über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik“ in der Schule informieren und insbesondere Kenntnisse „zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ vermitteln sollen. Die Vermittlung dieser Kenntnisse sollte allein die Aufgabe der Lehrkräfte sein. Der Bundeswehr sollte kein privilegierter Zugang zu Schulen, Lehreraus- und Lehrerfortbildung eingeräumt werden.

keine Antwort	Ja.	Ja, diese Meinung teilen wir exakt so. Jugendoffizier*innen darf kein exklusiver Zugang zu Schulen gegeben werden, da diese nicht objektiv, sondern einseitig und positiv über die Arbeit der Bundeswehr berichten.	Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr aus dem Jahr 2014 ist die Weiterentwicklung einer älteren Vereinbarung und stärkt die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses in der Kooperation. Dabei ist die Vermittlung von Kenntnissen zur globalen Konfliktverhütung und zur Krisenbewältigung von besonderer Bedeutung. Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich mit Fragen der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien der Friedenserhaltung eigenständig auseinanderzusetzen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Rolle der Lehrkräfte in dieser Kooperation. Sie entscheiden eigenständig über die Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung. Wir haben größtes Vertrauen in die Lehrkräfte, dass sie diese Angebote verantwortungsvoll abwägen sowie für eine angemessene Vor- und Nachbereitung des Besuches im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit Fragen der internationalen und Sicherheitspolitik sorgen.	
---------------	-----	---	--	--

Frage 5 Werden Sie sich für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr einsetzen?

keine Antwort	Ich teile die Meinung, dass Lehrer*innen ausgleichend qualifiziert sein müssen, um den entsprechenden Stoff zu Friedens- und Demokratiebildung zu vermitteln. In den Händen von Pädagog*innen ist ein solcher Unterricht meines Erachtens besser aufgehoben als bei Offizieren. Dieser Meinung ist übrigens auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW).	Ja. Gemäß dem Motto „Bundeswehr raus aus den Schulen“, das DIE LINKE immer wieder fordert und unterstützt, wollen wir uns für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium und der Bundeswehr einsetzen. Wir treten ein für eine Friedenserziehung bspw. durch eine Stärkung der Servicestelle Friedensbildung und gegen Anwerbeversuche der Bundeswehr an Schulen.	Die SPD sieht derzeit keine Notwendigkeit diese Kooperation aufzukündigen.	
---------------	---	--	--	--

Frage 6: Teilen Sie mit uns die Kritik an Kooperationen von Schulen und Rüstungsbetrieben?

keine Antwort	Auch Kooperationen mit Rüstungsbetrieben haben meiner Meinung nach an Schulen nichts zu suchen.	Ja. Es passt nicht zu dem Bundesland mit der Servicestelle Friedensbildung, dass hier die bedeutendsten Rüstungsfirmen Deutschlands ihren Sitz haben und an Schulen für sich und ihre todbringenden Erzeugnisse werben. DIE LINKE möchte bestehende Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsfirmen auflösen. Zudem fordern wir eine zivil-ökologische Klausel im Landeshochschulgesetz, die eine Forschung an Rüstung an Hochschulen und zivilen Forschungseinrichtungen ausschließen würden. Wir wollen, dass bei den Rüstungskonzernen schnellstmöglich eine Konversion zu einer zivilen Produktion angestoßen wird, was durch das Land unterstützt werden muss. Die Produktion von Waffen und anderen Kriegsgütern hingegen darf nicht länger subventioniert oder anderweitig finanziell unterstützt werden.	Sofern es in der eigenständigen Verantwortung der Schulen und Lehrkräfte liegt, Kooperationen mit Unternehmen zu schließen, die in der Rüstungsindustrie engagiert sind, gehen wir zunächst einmal davon aus, dass dieser Umstand von der Schulgemeinschaft kritisch diskutiert und abgewogen wird. Unter Beachtung der Verantwortlichkeiten vor Ort teilen wir Ihre Kritik insoweit, dass eine solche Kooperation unreflektiert einzugehen, langfristig gesehen nicht zielführend ist für eine angemessene Umsetzung des Themas Friedensbildung gemäß dem Leitfaden Demokratiebildung.	
---------------	---	--	---	--

Wahlkreis 36 Mannheim Süd

Alfred Wieczorek, CDU	Florian Kußmann, FDP	Elke Zimmer, Grüne	Isabell Fuhrmann, Linke	Boris Weirauch, SPD
-----------------------	----------------------	--------------------	-------------------------	---------------------

In Baden-Württemberg wurde die Servicestelle Friedensbildung etabliert, die in den fünf Jahren des Bestehens zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt wurde. Ergänzend dazu ist die Verankerung der Querschnittsaufgabe Friedensbildung insbesondere im Bereich der Lehrer*innenausbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes mittels einer ordentlichen Professur für Friedensbildung bzw. Friedenspädagogik als erste ihrer Art in Deutschland anzustreben.

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung in der nächsten Legislaturperiode deutlich ausgebaut werden?

Die Servicestelle Friedensbildung leistet gute Arbeit und nimmt einen wichtigen Auftrag wahr. Dafür möchte ich meinen Dank aussprechen. Bisher ist die Servicestelle mit den bisher eingeplanten Mitteln handlungsfähig. Mehr Mittel wären sicherlich gut, allerdings gilt dies für viele unterstützenswerte Institutionen. Im Hinblick auf die Corona-Krise erachte ich hier jedoch pauschale Zusagen der Mittelerrhöhung bzw. Willensbekundungen nicht als das richtige Zeichen.	Die Corona Krise wird unseren Haushalt stark belasten. Versprechen für andere Ausgaben abzugeben halte ich für leichtsinnig.	Für mich ist klar: Unser Ziel ist die Entwicklung einer Kultur des Friedens. Dafür braucht es die Vermittlung von Friedensstrukturen, Friedenskompetenz, Friedensfähigkeit und Friedenshandeln. Dafür leistet die Servicestelle Friedensbildung einen unersetzbaren Beitrag! Uns Grünen war es daher in den letzten Jahren ein großes Anliegen, die personellen und finanziellen Ressourcen der Servicestelle aufzustocken. Damit wollen wir ihre Arbeit ausbauen und sie nach außen stärker sichtbar machen. Das ist den Grünen im Land in den letzten Jahren ein Stück weit gelungen. Zufrieden sind wir mit der finanziellen Ausstattung noch nicht. Wir bedauern es, dass es im Landtag keine politische Mehrheit für eine weitergehende Förderung der Servicestelle gibt. Gleichzeitig sind wir sehr froh, dass die Servicestelle mit den zur Verfügung gestellten Mitteln ihre bisher geleistete wertvolle Arbeit fortsetzen kann. Sie können sich darauf verlassen, dass ich mit meinen Kolleg*innen in Stuttgart auch in Zukunft für einen Ausbau der Servicestelle einsetzen werde.	Ja. DIE LINKE unterstützt Aktivitäten der Friedensbewegungen und möchte alle Maßnahmen, die in der Bevölkerung zu einer Haltung für Frieden und gegen Kriegseinsätze beitragen können, unterstützen. Daher muss auch die Servicestelle Friedensbildung, die eine besondere Institution für das Land Baden-Württemberg darstellt, gestärkt werden. Dazu zählt unserer Auffassung nach eine bessere und vor allem gesicherte Finanzierung durch Mittel aus dem Landeshaushalt, um die Servicestelle personell aufzustocken und ihr mehr Projekte zu ermöglichen. Auch muss eine bessere Werbung für die Servicestelle Friedensbildung erfolgen, um ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen.	Ich werde mich für den Ausbau der Servicestelle Friedensbildung der Landeszentrale für Politische Bildung einsetzen.
--	--	--	---	--

Frage 2 Stimmen Sie mit uns überein, dass eine Professur auf den Weg gebracht werden soll, die die Weiterentwicklung und den Ausbau der Friedensbildung in Theorie und Praxis begleitet und fördert?

<p>Antwort zu 2-4</p> <p>Zunächst einmal möchte ich betonen, dass die Bundeswehr keine Angriffs-, sondern eine Verteidigungsarmee ist. Daher finde ich es nicht richtig, hier die Bundeswehr als das Feindbild darzustellen. Die Soldatinnen und Soldaten leisten unter schwierigsten Bedingungen hervorragende Arbeit, für die sie nicht unter Generalverdacht gestellt werden sollten.</p> <p>Ebenso sollte man eine Friedensbewegung und das gemeinsame Ziel der Friedensstärkung nicht gegen die Bundeswehr ausspielen. Das halte ich nicht für zielführend.</p> <p>Informationsveranstaltungen der Jugendoffiziere in Schulen finde ich ab einer gewissen Altersstufe völlig legitim. Die explizite Förderung einer gesunden Dialogkultur ist hier in allen Themenbereichen mein Mittel der Wahl.</p> <p>Die Bundeswehr informiert in Schulen lediglich über ihre Arbeit und damit über die Verteidigung der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Information ist keine militärische Werbung.</p>	<p>Ja</p>	<p>.Eine Professur zur Friedensbildung ist ein sinnvoller Schritt, um die Bedeutung der Friedensbildung in baden-württembergischen Hochschulen zu stärken.</p>	<p>.Ja. Ziel der LINKEN ist es, Fachkräfte für den zivilen Friedensdienst auszubilden, die Friedenserziehung an Schulen zu verstetigen und kritische Friedenswissenschaften und an Hochschulen auf- und auszubauen. Hierzu ist eine entsprechende Professur notwendig, um u.a. diese Maßnahmen umsetzen zu können.</p>	<p>Ich unterstütze dieses Ansinnen, da ich sowohl die Friedensbildung als auch den Bereich der Gewalt- und Konfliktforschung für unerlässlich halte, wenn es darum geht, Lösungsansätze für die Verhinderung von Krieg und Gewalt zu finden. Dies benötigt eine Verankerung in Schul- und Ausbildungscurricula und im Studienangebot an unseren Hochschulen.</p>
--	-----------	--	--	--

Frage 3 Militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention und verträgt sich nicht mit Art. 12 der Landesverfassung. Der UN-Ausschuss fordert für die Rechte des Kindes von Deutschland ein Verbot jeder Art von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen (Januar 2014). Die Kinderkommission des Bundestages hat sich dieser Forderung angeschlossen. Werden Sie sich im Landtag für den Stopp jeglicher militärischer Werbung bei Minderjährigen unter 18 Jahren einsetzen?

	Nein	Meiner Ansicht nach sollen in Schulen Kenntnisse „zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ von Lehrkräften vermittelt werden. Ich teile die Straight 18 - Forderung an, dass gezielte Militärwerbung bei Minderjährigen verboten wird.	Ja. DIE LINKE spricht sich strikt gegen jegliche Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, bei Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen aus. Offizier*innen der Bundeswehr sind derzeit regelmäßig zu Gast bei den Berufsorientierungswochen an Schulen. Sie nutzen damit die Unbedarftheit und Unerfahrenheit vieler junger Menschen für ihre Rekrutierungspolitik aus. Wir fordern daher, dass in Baden-Württemberg die UN-Kinderrechtskonvention eingehalten wird, die eine Werbung von unter 18-Jährigen verbietet. Denn dadurch wären auch Werbestände der Bundeswehr an Schulen und Ausbildungsmessen ausgeschlossen, an denen Schüler*innen unter 18 Jahre ohne Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten teilnehmen.	„Militärische Werbung“ halte ich für problematisch. Ich finde es aber wichtig, dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee und Institution unseres demokratischen Staates in der Öffentlichkeit präsent ist und nicht als „Staat im Staate“ fungiert, das lehrt uns die Geschichte leidvoll. Deshalb finde ich es richtig, dass unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses Soldatinnen und Soldaten mit den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern ins Gespräch kommen und man sich gemeinsam über die Aufgabe, verfassungsrechtliche Stellung und die Geschichte der Bundeswehr auseinandersetzt. Außeracht gelassen werden sollten hierbei aber auch nicht kritische Aspekte; möglich sein könnten etwa auch gemeinsame Veranstaltungen mit ExpertInnen aus der Friedens- und Konfliktforschung.
--	------	---	--	--

Frage 4 Der Bundeswehr wird durch das Kultusministerium in einer Kooperationsvereinbarung vom 14.08.2014 ein bevorzugter Zugang zu Schulen, Lehreraus- und Lehrerfortbildung eingeräumt. Besonders problematisch ist es, dass die Jugendoffiziere „über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik“ in der Schule informieren und insbesondere Kenntnisse „zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ vermitteln sollen. Die Vermittlung dieser Kenntnisse sollte allein die Aufgabe der Lehrkräfte sein. Der Bundeswehr sollte kein privilegierter Zugang zu Schulen, Lehreraus- und Lehrerfortbildung eingeräumt werden. Teilen Sie diese Meinung?

	keine Antwort	Die Kooperationsvereinbarung muss auf den Prüfstand gestellt werden. Mir ist jedoch in diesem Zuge nochmals wichtig, zu betonen, dass gleichzeitig die Servicestelle Friedensbildung deutlich mehr gestärkt werden muss, damit die Vermittlung von Friedensbildung an Schulen verstärkt durch die Servicestelle Friedensbildung stattfinden und konzeptionell ausgebaut werden kann.	Ja, diese Meinung teilen wir exakt so. Jugendoffizier*innen darf kein exklusiver Zugang zu Schulen gegeben werden, da diese nicht objektiv, sondern einseitig und positiv über die Arbeit der Bundeswehr berichten.	Siehe Antwort Frage 3.
--	---------------	--	---	------------------------

Frage 5 Werden Sie sich für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr einsetzen?

Nein, ich werde mich nicht für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr einsetzen.	Nein		Ja. Gemäß dem Motto „Bundeswehr raus aus den Schulen“, das DIE LINKE immer wieder fordert und unterstützt, wollen wir uns für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium und der Bundeswehr einsetzen. Wir treten ein für eine Friedenserziehung bspw. durch eine Stärkung der Servicestelle Friedensbildung und gegen Anwerbeversuche der Bundeswehr an Schulen.	Siehe Antwort Frage 3.
--	------	--	--	------------------------

Frage 6 Teilen Sie mit uns die Kritik an Kooperationen von Schulen und Rüstungsbetrieben?

<p>Ich glaube nicht, dass Schülern per se der Zugang in die Rüstungsindustrie durch technische Kooperationen beispielsweise mit der MTU in Friedrichshafen schmackhaft gemacht wird. Dieses oder andere Unternehmen zu verteufeln, halte ich für falsch. Es wird ja nicht ausschließlich für militärische Zwecke gebaut und viele Familien haben dort ihre Arbeitsplätze. Das hier ein regional wirtschaftsstarkes Unternehmen im gesellschaftlichen Bereich wie Kindergärten, Vereine etc. Sponsoring betreibt, halte ich hier für unproblematisch.</p>	<p>Nein</p>	<p>In einigen Regionen von Baden-Württemberg, z.B. am Bodensee, gibt es mehr oder weniger intensive Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsbetrieben. Mit dem Problem, den Blick zu verstellen, dass der Wohlstand der Region auf todbringenden Waffen beruht.</p> <p>Mir ist durch Berichte von Betroffenen bekannt, dass gerade Unternehmen im Raum Überlingen sehr früh an Schüler*innen herantreten und auch zu Karrieren im eigenen Unternehmen beraten. Ich verurteile so eine offensive Praxis, Jugendliche in dieser Weise zu beeinflussen.</p>	<p>Ja. Es passt nicht zu dem Bundesland mit der Servicestelle Friedensbildung, dass hier die bedeutendsten Rüstungsfirmen Deutschlands ihren Sitz haben und an Schulen für sich und ihre todbringenden Erzeugnisse werben. DIE LINKE möchte bestehende Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsfirmen auflösen. Zudem fordern wir eine zivil-ökologische Klausel im Landeshochschulgesetz, die eine Forschung an Rüstung an Hochschulen und zivilen Forschungseinrichtungen ausschließen würden. Wir wollen, dass bei den Rüstungskonzernen schnellstmöglich eine Konversion zu einer zivilen Produktion angestoßen wird, was durch das Land unterstützt werden muss. Die Produktion von Waffen und anderen Kriegsgütern hingegen darf nicht länger subventioniert oder anderweitig finanziell unterstützt werden.</p>	<p>Problematische Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsbetrieben sind mir persönlich nicht bekannt. Falls es solche Kooperationen gibt, sollten diese kritisch hinterfragt werden.</p>
--	-------------	---	---	--

Die Fragen wurden von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Gruppe Mannheim-Ludwigshafen den Kandidierenden gestellt. Formuliert wurden sie vom Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ - ein landesweiter Zusammenschluss von Einzelpersonen, Initiativen und Organisationen darunter auch die DFG-VK. Für weiterführende Informationen siehe die Internetauftritte: mannheim.dfg-vk.de und schulfrei-für-die-bundeswehr.de